

## Nürnberg im Ausnahmezustand: Polizei trennt Rechte und Linke bei Protesten!

Am 17. März 2025 finden in Nürnberg Proteste von „Team Menschenrechte“ und Gegenveranstaltungen statt, mit starker Polizeipräsenz.

**Nürnberg, Deutschland** - Am Montag, den 17. März 2025, finden in Nürnberg erneut mehrere Demonstrationen statt. Die Polizei hat umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit zu gewährleisten und ein Aufeinandertreffen der unterschiedlichen Gruppen zu verhindern. So wurden am Weißen Turm Barrikaden und Sperrgitter errichtet, um einen ungestörten Ablauf der Veranstaltungen zu ermöglichen.

Im Mittelpunkt steht die Montagsdemonstration des „Team Menschenrechte“, die sich aus den Protesten rund um die Corona-Pandemie entwickelt hat. Diese Versammlung zieht regelmäßig bekannte Rechtsextreme an, was die Situation zusätzlich aufheizt. Parallel dazu mobilisieren die Gegendemonstranten, unter anderem die Gruppe „Omas gegen Rechts“, um ein Zeichen gegen die rechten Positionen zu setzen.

### Gegendemonstrationen und Konflikte

In den letzten Wochen haben sich außerdem Linksextreme an den Gegendemonstrationen beteiligt. Diese Gruppen haben versucht, Absperrungen zu überwinden und zu den rechten Demonstrierenden durchzudringen, was zu Spannungen und potenziellen Konflikten geführt hat. Angesichts dieser Entwicklungen ist die Polizei mit starken Kräften vor Ort, um die

Versammlungsfreiheit aufrechtzuerhalten und gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Eine besonders große Versammlung fand um 17.30 Uhr am Plärrer statt, organisiert vom antifaschistischen Aktionsbündnis. Diese Mobilisierung verdeutlicht die klare gesellschaftliche Spaltung und die unterschiedlichen Ansichten zu Fragen der Versammlungsfreiheit und ihrer Grenzen.

## **Historischer Kontext der Versammlungsfreiheit**

Die Diskussion um die Versammlungsfreiheit ist nicht neu und hat historische Wurzeln, die bis in die Aufklärung zurückreichen. Das Recht auf Versammlungsfreiheit, verankert in Artikel 8 des Grundgesetzes, wurde nach Ereignissen wie der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg während einer Demo in Berlin im Jahr 1967 intensiv öffentlich diskutiert. Solche Vorfälle führen immer wieder zur Frage, unter welchen Umständen Versammlungen durchgeführt werden dürfen und wo die Grenzen für öffentliche Proteste verlaufen.

Das Versammlungsgesetz von 1953 regelt die Durchführung von Versammlungen in Deutschland und sieht vor, dass diese unter bestimmten Bedingungen verboten oder aufgelöst werden können. Insbesondere wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist, hat die Polizei das Recht einzugreifen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind im Kontext des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit umstritten und werden intensiv diskutiert.

Die aktuellen Geschehnisse in Nürnberg sind Teil dieser größeren Debatte, die zeigt, dass Versammlungsfreiheit nicht ohne Einschränkungen gewährt werden kann, vor allem nicht in einem politisch polarisierten Klima. Die Ereignisse am Montag könnten somit wichtige Impulse für die fortwährenden Diskussionen über die Grenzen der Versammlungsfreiheit liefern.

Details	
<b>Vorfall</b>	Demonstration
<b>Ort</b>	Nürnberg, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.t-online.de">www.t-online.de</a></li><li>• <a href="http://www.bpb.de">www.bpb.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**